Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 5

Artikel: Die Sozialdemokraten und die Wirtschaft der Zukunft : Dialog führen statt die Keule schwingen

Autor: Winkler, Ruedi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340611

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nämlich schätzungsweise 15 Millionen Tonnen Transitgüter auf den Strassen durch die Schweiz rollen! Wir sind überzeugt, dass das Schweizervolk auf solche falschen Schlagworte von Freiheit und Liberalisierung nicht hereinfällt, denn mehr Schwerverkehr durch unser Land bedeutet Schädigungen für Mensch und Umwelt und damit weniger Freiheit.
Die Verfassungsartikel zur Koordinierten Verkehrspolitik bieten auch eine Grundlage dazu, dass der enge Verwendungszweck der Treibstoffzollerträge etwas erweitert wird. So kann die durch die Wegweisung des Güterfernverkehrs von der Strasse notwendige Förderung des kombinierten Verkehrs auf die Schiene unterstützt werden, oder Beiträge an den Bau von Bahnhofparkanlagen, an Umwelt- und Landschaftsschutzmassnahmen können gesprochen werden.
Für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs – der Strassenverkehr wird wie bisher aus den Treibstoffzollmitteln gespiesen – reserviert der Bund inskünftig einen Prozentanteil seiner Steuer- und Zolleinnahmen. Nach den Beratungen dürfte sich dieser Prozentsatz bei mindestens 5 Prozent bewegen, das bedeutet einen jährlichen Beitrag von mindestens einer Milliarde. Damit ist die Basis gelegt für eine annähernde Gleichstellung des öffentlichen Verkehrs zum privaten Verkehr und damit zu einer Verkehrspolitik, die sich insgesamt besser am Gesamtwohl orientiert.
Die KVP verdient deshalb Zustimmung.

Die Sozialdemokraten und die Wirtschaft der Zukunft

Dialog führen statt die Keule schwingen

Von Ruedi Winkler

Nach den Überlegungen in der letzten «Roten Revue»[1] sollen zu Beginn dieses zweiten Teils einige wirtschaftliche Grössenordnungen in Erinnerung gerufen werden. Gemäss den Angaben in Ruedi Strahms «Wirtschaftsbuch Schweiz» steht die Schweiz bevölkerungsmässig im 72. Rang, gemessen am Bruttoinlandprodukt im 18., bezüglich der Warenexporte im 10. und der Investitionen im Ausland im 5. Rang. Betrachtet man das Ziel der Exporte räumlich, so sieht das so aus: EG-Länder 54,8 Prozent, Efta-Länder 7,6 Prozent, USA 9,5 Prozent, Japan 3,2 Prozent, Staatshandelsländer 4,1 Prozent, Opec-Länder 4,6 Prozent, Entwicklungsländer 12,4 Prozent und übrige 3,8 Prozent. Und noch eine Grössenordnung: Der Anteil der Güterexporte an der schweizerischen Güterproduktion liegt nahe bei 50 Prozent, deshalb jeweils die Bemerkung, jeder zweite Franken werde in der Industrie im Ausland verdient.
Diese wenigen Zahlen zeigen, dass die Schweiz ihre Märkte zu einem wesentlichen Teil im Ausland hat. Der vor allem für Investitionsgüter kleine Heimmarkt (Bevölkerungszahl!) erhöht die Abhängigkeit noch zusätzlich. Dazu kommt noch, dass die Schweiz, international gesehen, politisch praktisch kein Machtfaktor ist.
Diese Ausgangslage – ob sie einem gefällt oder nicht – muss in der wirtschaftspolitischen Diskussion berücksichtigt werden. Bezogen auf die Gedanken in der letzten «Roten Revue» heisst das, dass diese Konstellation den Objekt-Charakter der wirtschaftlichen Entscheidungsträger noch verschärft.

Nicht mit unechten Alternativen spielen

Im Zürcher Kantonsrat gab es vor kurzem aufgrund einer Interpellation eine Diskussion um die Region Glattal (zwischen dem Flughafen Kloten und der Stadt Zürich), in der die Arbeitsplätze fast explosionsartig zugenommen haben und mit ihnen natürlich auch die Umweltbelastung und die Bedrohung der Qualität als Wohngebiet. Im speziellen ging es dabei um das sogenannte Oberhauserried, einen noch nicht überbauten Teil am Stadtrand, auf dem 20000 bis 30000 Arbeitsplätze entstehen sollen. Zugleich haben in jüngerer Zeit etliche Textilbetriebe im Zürcher Oberland und im Tösstal schliessen bzw. Leute entlassen müssen. Auch von unserer Seite kommt jetzt immer wieder die Forderung, man sollte die Überbauung des Oberhauserrieds verhindern und dafür die Arbeitsplätze im Oberland ansiedeln. Die Schwierigkeit ist nur, dass jene, die Arbeitsplätze im Glattal schaffen wollen, nicht zufällig das Glattal wählen, sondern aus zwei ganz spezifischen

[1] Der Klassenkampf unter den Objekten, Rote Revue Nr. 4/1988

Gründen: die Nähe zum internationalen Flughafen und zum Zentrum Zürich. Wenn sie die Konstellation Zentrum und Flughafen nicht im Glattal bekommen, dann ist die Alternative nicht das Zürcher Oberland oder sonst ein in jüngerer Zeit gebeuteltes Gebiet in der Schweiz, sondern dann heisst die Alternative Konstellation Flughafen und Zentrumsnähe irgendwo sonst in Europa. Die Alternative heisst somit nicht Arbeitsplätze im Oberhauserried oder in einem wirtschaftlich schwächeren Gebiet in der Schweiz, sondern sie heisst diese Arbeitsplätze, oder zumindest ein grosser Teil davon, im Glattal oder nirgendwo in der Schweiz.

Damit ist nicht a priori gesagt, dass damit ja zur Überbauung des Oberhauserrieds gesagt werden muss, aber es ist der wirtschaftspolitischen Kompetenz der SP und Gewerkschaften sehr abträglich, wenn vermeintliche Alternativen gefordert werden, deren Realisation ausserhalb der Möglichkeiten sowohl der politischen wie der wirtschaftlichen Entscheidungsträger liegen. Mit andern Worten: Dort, wo die Entscheidungsträger wirklich Objekte z.B. des Marktes sind, ist es sinnlos, baut es Fronten auf und schadet es uns, wenn wir einen Kampf führen, wie wenn wir mit Subjekten mit freiem Handlungsspielraum kämpfen würden.

Dort gestalten, wo es möglich ist

Es existieren vor allem zwei Bereiche, wo weder politische noch wirtschaftliche Entscheidungsträgerinnen oder -träger Objekte sind, obwohl sie gerne so tun, wenn es darum geht, erfolgte oder auch nicht erfolgte Entscheide zu begründen. Der eine Bereich betrifft jene Entscheide, mit denen auf etwas, das an sich möglich wäre, verzichtet wird. Am Beispiel Oberhauserried könnte z.B. nach Abwägen der Vor- und Nachteile entschieden werden, diese Wiese nicht zu überbauen und damit in Kauf zu nehmen, dass ein beachtlicher Teil dieser Arbeitsplätze für die Schweiz verlorenginge. In einer wirtschaftlich hochentwickelten Gesellschaft mit hohem Lebensstandard werden Entscheide dieser Art immer bedeutender, da die Zielkonflikte zwischen Umwelt, Lebensqualität und allenfalls ethischen Aspekten (z.B. Waffenproduktion) einerseits und mengenmässigem Wirtschaftswachstum anderseits immer schärfer werden.

Dass Verzichtsentscheide dieser Art eine harte Belastungsprobe für die Entscheidungsträger und damit für die ganze Gesellschaft sind und dass die Politiker, Wirtschaftsführer und Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sich damit schwer tun, zeigt die Gegenwart zur Genüge. Beim anderen, für die Zukunft entscheidenderen Bereich handelt es sich um jene Entscheide, die bestimmend sind dafür, auf welchen Märkten die Schweiz in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren präsent sein wird. Dafür, dass diese Entscheide in den letzten Jahrzehnten auch in bedeutenden schweizerischen Unternehmen nicht immer gut waren, dafür büssen zurzeit, trotz bester Konjunktur, eine grosse Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Auch in diesem zweiten Bereich besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Volkswirtschaften, die mit der nötigsten Versorgung der Bevölkerung kämpfen und kaum das Kapital für elementare Investitionen haben, und Volkswirtschaften mit hochentwikkelter Infrastruktur und an Konsumgütern überquellender Versorgung der Bevölkerung. Hier bestehen bezüglich Auswahl der zukünftigen Märkte, auf denen man präsent sein will, und damit der Art der zukünftig in der Schweiz produzierten Produkte und Dienstleistungen, tatsächlich Wahlmöglichkeiten.

Typisches Beispiel ist der Energiemarkt. Zum Beispiel haben die Studien im Rahmen der EGES (Expertengruppe Energieszenarien) – wie auch die meisten bekannten ausländischen Studien – ergeben, dass gesamtwirtschaftlich zwischen Verbleib bei der Atomenergie und Ausstieg praktisch kaum wesentliche Unterschiede auszumachen sind. Eigentlich ein klassischer Fall der Wahlmöglichkeiten. Dass dabei die Interessen zwischen jenen, die in der Atomenergie engagiert sind, und jenen, die die Zukunft ohne Atomenergie sehen, hart aufeinander prallen, liegt auf der Hand und ist solange natürlich, als eine übergeordnete, unabhängige Instanz besteht, die unabhängig und im Gesamtinteresse solch grundsätzliche Entscheide fällen und durchsetzen kann und will. Eine solche Instanz fehlt in der Schweiz zu einem grossen Teil. Die politischen Behörden sind zu wirtschaftsabhängig, haben oft nicht die nötige Macht und die Mittel (natürlich nicht zufällig) und sind vielfach auch ganz einfach zu zaghaft, zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. Diese Feststellung trifft nicht nur auf die bürgerliche Seite zu. SP und Gewerkschaften neigen (im Energiebereich jetzt allerdings nicht mehr, aber das war auch schon anders) oft dazu, für nicht mehr erhaltbare Arbeitsplätze starke Worte zu verlieren und Demonstrationen zu organisieren, anstatt sich mit allen Mitteln dort einzumischen, wo entschieden wird, wo in zehn Jahren die Arbeitsplätze sind.

So gesehen hätte eigentlich die Idee der Technoparks, die es in

Europa, ausser in der Schweiz, bereits in allen Ländern gibt, schon lange von SP und Gewerkschaften aufgenommen werden müssen. Vor allem auch deshalb, um bei der Entstehung solcher Parks dem Einfluss der Arbeitnehmerorganisationen und des Staates den nötigen Einfluss zu sichern. So aber wurde beispielsweise der geplante Technopark in Zürich vor allem zu Beginn lautstark als Projekt nur der Wirtschaft vorgestellt und gerühmt, während z.B. der CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, seinen Technopark fest in seiner Hand behält. Unterdessen haben die Zürcher allerdings, wenigstens der Form nach, die Basis verbreitert und eine Stiftung mit Vertretern von Stadt, Kanton und Gewerkschaften im Stiftungsrat gegründet. Am entscheidenden Punkt ändert diese «gutschweizerische» Form allerdings gar nichts, nämlich daran, dass nach wie vor nicht gesichert ist, dass beim Entscheid, welche Ideen und Projekte zur Weiterverfolgung unterstützt und finanziert werden, die Gesellschaft mit ihren Allgemeininteressen mit dem nötigen Gewicht und kompetent vertreten ist. Entscheide aber, die für die Struktur der Schweizer Wirtschaft und die Art der Arbeitsplätze in der Zukunft recht massgebend sind.

Das Schwergewicht auf die richtigen Fragen legen

Das ergiebigste Feld für politischen Gestaltungswillen liegt naturgemäss dort, wo für die Zukunft wichtige Entscheide gefällt werden. Die für eine weitere Zukunft wichtigsten Bereiche sind nach meiner Ansicht erstens die Entwicklung in der Biotechnologie, zweitens die Entwicklung der Lohnarbeit und drittens die Verteilungsfrage.

1. Biotechnologie

Die Möglichkeiten der Biotechnologie können heute noch nicht abgeschätzt werden. Gegen die Erforschung dieser Möglichkeiten ist im Prinzip nichts auszusetzen, unter der Voraussetzung allerdings, dass absolute Gewähr besteht, dass mit den Ergebnissen der Forschung verantwortungsvoll umgegangen wird. Dies ist heute weder in der Schweiz noch anderswo kaum gesichert. Sicher ist, dass ein verantwortungsvoller Umgang nicht durch Berufung auf die Ethik der Forscher und die Chancen auf dem Markt gesichert werden kann. Dass ein Markt mit geschätztem Umsatz an Biotechniken von rund 27 Milliarden Dollar im Jahr 1990 und bis 100 Milliarden Dollar im Jahr 2000 zu Unvorsichtigkeiten und Nachlässigkeiten mit unvorhersehbaren Folgen führen kann, wenn nicht wirksame Kontrollinstanzen eingebaut sind, muss nicht näher erläutert werden. Der verantwortungsvolle Umgang mit den sich eröffnenden Möglichkeiten der Biotechnologie im Sinne eines Nutzens der Chancen ohne Missachtung oder Verdrängung der Gefahren (wie bei der Atomtechnologie) wird der Prüfstein sein, ob wir uns technisch, politisch, gesellschaftlich und ethisch einigermassen im Gleichschritt entwickeln können. Heute ist nach meiner Ansicht die Entwicklung gefährlich einseitig techniklastig. In Richtung Gleichgewicht zu wirken ist politisch eine eminent zentrale Aufgabe.

2. Lohnarbeit

Im Bereich der Lohnarbeitswelt zeichnet sich zurzeit eine Dreiteilung ab: die «neuen Facharbeiterinnen und Facharbeiter», gut ausgebildet, clever, beweglich, anpassungsfähig, kreativ. Sie sind gut bezahlt bzw. überbezahlt, begehrt, und es werden ihnen bezüglich persönlichen Wünschen grosse Zugeständnisse gemacht.

Die zweite Kategorie sind die «Zudiener», jene, die eher Routinearbeiten machen, Arbeiten, die weniger spezielle Fähigkeiten voraussetzen (das geht vom unteren Kader über Sachbearbeiter bis zu den Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeitern über die verschiedensten Branchen hinweg). Durch ihre Ersetzbarkeit sind sie die potentiellen oder wirklichen Opfer von Lohndrückerei und schlechten Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen.

Die dritte Kategorie sind die Arbeitslosen. Sie kommen hauptsächlich aus der zweiten Kategorie und sind vor allem die Opfer der einerseits spezifischen Anforderungen in der ersten und den schlechten Bedingungen, unter denen die zweite Kategorie arbeitet. Zur Disziplinierung der zweiten Kategorie ist die dritte wichtig. Unter dem Begriff Sockelarbeitslosigkeit ist die dritte Kategorie bereits «katalogisiert» worden.

Diese zugegebenermassen stark schematisierte Ausgangslage stellt neue Anforderungen an die Politik der Arbeitnehmerorganisationen. Sie muss notwendigerweise differenzierter und beweglicher werden. Ich denke hier insbesondere an die Haltung der Gewerkschaften zur Teilzeitarbeit, an die jetzt allerdings von Lafontaine in Gang gesetzte Diskussion über Arbeitszeitsenkung ohne vollen Lohnausgleich[2], aber auch an die traditionellen Gefechte um die Wochenarbeitszeitverkürzung, obwohl offenbar die Prioritäten vieler Arbeitnehmer anders liegen (z.B. mehr Ferien oder aber auch ganz einfach nicht noch grössere Hetze).

Dass die zweite und dritte Kategorie zu denen gehören, de-

[2] Vgl. Rote Revue 4/1988

ren Interessen SP und Gewerkschaften vertreten sollen, dürfte kaum bestritten sein. Eine einflussreiche Arbeitnehmerpolitik ohne Miteinbezug der ersten ist aber wohl kaum realistisch. Zu dieser Einsicht hilft vielleicht ein Blick in die Geschichte: Die tragende Schicht der Arbeiterbewegung waren die Facharbeiter. Aber auch die Tatsache, dass z. B. eine gute Sozialpolitik nur unter solidarischer Beteiligung der ersten Kategorie möglich ist, zeigt das.

3. Verteilungsfrage

Die jüngste Entwicklung in unserem Lande zeigt deutlich, dass sich die Verteilungsfrage verschärft hat: Während Financiers sich mit Hunderten von Millionen Franken gegenseitig Unternehmen zuspielen, werden von Unternehmerseite unablässig die hohen Lohnkosten für mangelnde Konkurrenzfähigkeit verantwortlich gemacht, und die Finanzierbarkeit der AHV wird in Frage gestellt. Dass ein Problem in der Schweiz darin besteht, dass an der Börse mit weniger Aufwand mehr Geld «verdient» werden kann als in der Industrie, Geld, das allerdings auch irgendwo erarbeitet werden muss und damit auch irgendwo als Kosten belastet werden wird, davon sagen sie nichts. Ebenfalls verschweigen diese Kreise, dass die Finanzierung der AHV nicht gottgegeben über die Lohnprozente erfolgen muss. Wenn der Anteil der Lohnsumme sinkt und die Wertschöpfung in einer Volkswirtschaft gleich bleibt oder gar noch steigt, dann ist die Finanzierbarkeit der Sozialeinrichtung in keiner Weise gefährdet, sondern dann muss ganz einfach das Finanzierungssystem angepasst werden. Dabei handelt es sich nicht einmal um eine Änderung in der ursprünglichen Verteilung, es wird lediglich eine schleichende Umverteilung zugunsten der Kapitalbesitzer verhindert.

Gesellschaftsverträglichkeitsprüfung

Aus der Bedrohung der Umwelt ging die Umweltverträglichkeitsprüfung hervor. Aus der Bedrohung unserer Gesellschaft, beispielsweise durch von materiellen Interessen getriebene unvorsichtige Anwendung der Biotechnologie oder durch Interessenkonflikte zwischen Kapitalbesitzern und solchen ohne Kapital, aber auch als Folge der Polarisierungen in der Arbeitswelt zwischen verschiedenen Arbeitnehmerkategorien, sollte für wichtige politische und wirtschaftliche Massnahmen und Entwicklungen eine «Gesellschaftsverträglichkeitsprüfung» durchgeführt werden. Anzuknüpfen wäre dabei an die Studien und breiten Diskussionen, die gemacht bzw. geführt wurden, um die Lebensqualität messbar zu machen bzw. einen die Wohlfahrt besser messenden Massstab für das Bruttosozialprodukt zu finden. In einer Fortentwicklung dieser Arbeiten sollten Kriterien für wichtige wirtschaftliche Pläne im Blick auf die «Gesellschaftsverträglichkeit» erarbeitet werden. Dass eine solche Arbeit auch ein grundsätzliches Überdenken der Wertvorstellungen beinhalten würde, liegt auf der Hand.

Neuer «sozialer Vertrag»

Man kann in Anbetracht der skizzierten (und weiterer) Entwicklungen und der damit verbundenen Ungewissheiten und Risiken und in Anbetracht der heute in der Schweiz massiv einseitig verteilten Macht Verständnis dafür aufbringen, wenn daraus der Aufruf zu mehr Klassenkampf hervorgeht. Nur: Folgt man der Analyse Bookchins[3], und im Kern betrachte ich sie als stichhaltig, dann ist der Misserfolg eines Klassenkampfes gegen Objekte vorprogrammiert. Wer selbst sich als Opfer von Zwängen vorkommt und das auch ist, reagiert unversöhnlich und irrational auf Angriffe. Es gibt noch weitere Gründe, warum ich der Ansicht bin, grundsätzlich sei der Weg nicht über die Konfrontation, sondern über eine beharrliche Friedenspolitik zu suchen: Erstens bin ich der Meinung, es wohne einer konsequenten Friedensstrategie in allen Bereichen eine sehr tiefgehende Kraft inne, die unserer Bewegung neues Leben, neuen Sinn geben und sie damit wieder zu einer gesellschaftlich einflussreichen Kraft werden lassen könnte. Wir hätten selbstredend noch viel zu lernen, bis wir dazu fähig wären, am besten nach dem Grundsatz «learing by doing» (lernen, indem wir tun). Zweitens halte ich dafür, dass es höchste Zeit ist, dass wir kulturell, ethisch, politisch und gesellschaftlich auf eine Stufe kommen, die einen verantwortungsvollen Umgang mit dem erreichten Stand der Technik ermöglicht. Das Mittel dazu kann aber nicht das Schwingen der Keule, sondern muss Beharrlichkeit und der Dialog unter mündigen Menschen sein. Und drittens sind nach meiner Ansicht die Probleme in einer stark in verschiedenste Abhängigkeiten eingebundene wirtschaftlich hochentwickelten Gesellschaft nicht geeignet, mit Kraftakten gelöst zu werden, bzw. es leiden unter solchen vor allem und zuerst die Schwächsten.

[3] Vgl. Beitrag in der letzten «Roten Revue»